



Bundesverband Freier
Immobilien- und Wohnungs-
unternehmen

Französische Straße 55
10117 Berlin
Tel.: 030 32781-110
Fax: 030 32781-299

Pressekontakt:
Jens Christian Kage
Pressesprecher

Jens.C.Kage@bfw-bund.de
www.bfw-bund.de
www.bfw-newsroom.de

Twitter: @BFWBund

BFW-PRESSEMITTEILUNG

Absturz der Baugenehmigungszahlen weiter ungebremst – Wohnungsbau muss zentrales Thema werden

Berlin, 17.01.2025. Der BFW Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen fordert angesichts der weiter abstürzenden Baugenehmigungszahlen den Wohnungsbau zum zentralen Thema einer neuen Bundesregierung zu machen. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum sank die Zahl im Jahr 2024 von Januar bis November um -22,1 % bei Einfamilienhäusern, um -12,7 % und bei Zweifamilienhäusern um -22,4 % bei Mehrfamilienhäusern. „Bauen und Wohnen sind die zentralen sozialen und wirtschaftlichen Themen in Deutschland, weil es jeden und jede betrifft. Eine neue Bundesregierung muss hier den Schwerpunkt setzen und mutig umsteuern“, betont BFW-Präsident Dirk Salewski in Berlin.

„Alle Kennzahlen zeigen uns die Dramatik der Lage. Wir müssen strukturell umsteuern, indem wir beim Thema Bauen und Wohnen klotzen und nicht kleckern. Um für eine echte Entlastung auf dem Wohnungsmarkt zu sorgen, müssen wir wieder mehr bauen, und zwar mit weniger kostspieligen Regeln. Wir brauchen eine Willkommenskultur für Baukräne.

Durch die enormen Anforderungen wurde Bauen zu einem Luxusprodukt. Der logische Ausweg aus dieser Lage führt über echte Deregulierung und ein belastbareres Werkvertragsrecht.

Der Erschwinglichkeitsindex beim Kauf von Wohneigentum steigt seit 2004 immer weiter an. Das heißt: Es wird immer schwieriger, sich den Traum einer Eigentumswohnung oder sogar eines eigenen Hauses zu erfüllen. Und das in dem Land der Europäischen Union, in dem die meisten Bewohner ohnehin Mieterinnen und Mieter sind. Dabei wäre die bezahlbarste Wohnung die bezahlte Wohnung. Sollte sich hier nichts Grundlegendes ändern, geraten wir unweigerlich in soziale Turbulenzen. Das kann niemand wollen“, so der BFW-Präsident.

Dem BFW Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen als Interessenvertreter der mittelständischen Immobilienwirtschaft gehören derzeit rund 1.600 Mitgliedsunternehmen an. Als Spitzenverband wird der BFW von Landesparlamenten und Bundestag bei branchenrelevanten Gesetzgebungsverfahren angehört. Die Mitgliedsunternehmen stehen für 50 Prozent des Wohnungs- und 30 Prozent des Gewerbeneubaus. Sie prägen damit entscheidend die derzeitigen und die zukünftigen Lebens- und Arbeitsbedingungen in Deutschland. Mit einem Wohnungsbestand von 3,1 Millionen Wohnungen verwalten sie einen Anteil von mehr als 14 Prozent des gesamten vermieteten Wohnungsbestandes in der Bundesrepublik. Zudem verwalten die Mitgliedsunternehmen Gewerberäume von ca. 38 Millionen Quadratmetern Nutzfläche.